

Bezirksregierung Köln

**Verkehrskommission
des Regionalrates**



4. Sitzungsperiode

Drucksache Nr. VK 73/2019

Sitzungsvorlage
für die 11. Sitzung der Verkehrskommission des Regionalrates des
Regierungsbezirks Köln
am 22. November 2019

TOP 3 **Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 10. Sitzung der Verkehrskommission des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln am 14.06.2019**

Rechtsgrundlage: § 22 Abs. 10 Geschäftsordnung des Regionalrates (GO)

Berichterstatter: Herr Plaszczyk, Dezernat 32, Tel.: 0221/ 147 – 2358

Inhalt: - Niederschrift
 - Anwesenheitsliste

Anlagen: 1. Aktueller Stand und Ausblick – Rheinspange 553
 2. Stadtbahn Bonn – Niederkassel - Köln
 3. Erft-S-Bahn (S11 Ergänzungspaket)

Beschlussvorschlag:

Die Verkehrskommission des Regionalrates genehmigt die Niederschrift.

Stand: 08. August 2019

Drucksache Nr. VK 73/2019	
TOP 3	Seite
VK / Niederschrift	2

Niederschrift
über das wesentliche Ergebnis der
10. Sitzung der Verkehrskommission des Regionalrates am
14. Juni 2019

Teilnehmer/Innen: siehe beiliegende Anwesenheitsliste

Sitzungsbeginn: 10:05 Uhr

Sitzungsende: 12:11 Uhr

Drucksache Nr. VK 73/2019	
TOP 3	Seite
VK / Niederschrift	3

Herr Hebbel (Vorsitzender) eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder der Kommission sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksregierung, des NVR, des Rhein-Sieg-Kreises, der Stadt Leverkusen und die Mitarbeiter des Landesbetriebes Straßenbau NRW.

Er stellt die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit der Verkehrskommission fest.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die Verkehrskommission genehmigt einstimmig die Tagesordnung in der vorgelegten Form.

Die Tagesordnungspunkte 5 und 8 b) sowie die Tagesordnungspunkte 5, 6 und 8 f) werden zusammengelegt.

Der Tagesordnungspunkt 4 wegen einer Info aus einer Pressekonferenz um 11.00 Uhr verschoben.

TOP 2: Benennung eines stimmberechtigten Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 10. Sitzung der Verkehrskommission des Regionalrates

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird **Frau Hane-Knoll, DIE LINKE Fraktion**, bestimmt.

TOP 3: Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 09. Sitzung der Verkehrskommission des Regionalrates vom 15. März 2019 Drucksache Nr.: VK 38/2019

Die Verkehrskommission genehmigt die Niederschrift einstimmig.

Drucksache Nr. VK 73/2019	
TOP 3	Seite
VK / Niederschrift	4

TOP 4 Sachstandsbericht zum Zustand des Kölner Autobahnringes, insbesondere des AK Leverkusen und der Leverkusener Brücke im Zuge der BAB A1

Der TOP wird auf 11.00 Uhr wegen einer Pressekonferenz des Landesbetriebes Straßen NRW verschoben.

TOP 5 Sachstandsbericht Rheinquerung zwischen der A 555 und der A 59 (mündlicher Bericht)

wird verbunden mit dem

**TOP 8 f) Anfrage der SPD-Fraktion
A 443 AK Köln-Godorf (A 555) – AD Köln-Lind (A 59)
Drucksache Nr.: VK 55/2019 (TV)**

Herr Kolks (LB) berichtet anhand einer Präsentation (Anlage 1). In einer Sitzung am 20.02.2019, haben sich die Gutachter für Lärmschutzgutachten und Geotechnik vorgestellt. Am 08.05.2019 habe eine Sondersitzung des Dialogforums stattgefunden, die sich speziell der Verkehrsprognosethematik gewidmet habe. Am 16.03.2019 fand ein großer Infomarkt auf einem Schiff statt. Hier sei versucht worden, das Links- und Rechtsrheinische zu verbinden, um auch parallel Standorte zu haben, die im Norden und Süden des Planungsraums liegen. Jetzt sei man in der Vorplanung mit dem Ziel 2020 eine Vorzugsvariante für die Rheinspange zu haben.

Für die Umweltverträglichkeitsstufe werde im Juli der nächste Termin sein. Hier solle eine Raumwiderstandskarte (wie groß sind die Empfindlichkeiten und Widerstände im Raum?) besprochen werden. Parallel laufen die Beteiligungsprozesse. Mitte Juli sollen grundlegende Einschätzungen über die verkehrliche Varianten-Wirkung vorgenommen werden. Dieses solle in einer Planungswerkstatt im September geschehen und im Oktober solle dieses im Dialogforum und im politischen Begleitkreis vorgestellt werden. Parallel solle eine neue Internetseite mit Dialogelementen ab September geschaltet werden. Es werde auch eine Info-Tour geben.

Die Verkehrskommission des Regionalrates nimmt die Informationen des Landesbetriebes Straßenbau NRW zur Kenntnis.

Drucksache Nr. VK 73/2019	
TOP 3	Seite
VK / Niederschrift	5

TOP 6 Sachstandsbericht Rheinquerung zwischen A 555 und A 59 mit Schienenverbindung
(mündlicher Bericht)

Herr Dr. Groneck (Rhein-Sieg-Kreis) gibt einen Ausblick anhand einer Präsentation (siehe Anlage 2) auf das zweite bündelbare Projekt im Raum der Rheinspange. Die Stadtbahn Niederkassel-Köln auf der rechten Rheinseite und auf der linken Rheinseite zwei gut funktionierende Stadtbahnlinien, die 16 u. 18. Nach diesem Muster könnte auch auf der rechten Seite eine Stadt-Bahnlinie hergestellt werden. Die derzeit bestehende Rheinstrecke in Niederkassel selber werde vom Güterverkehr bereits genutzt. Diese Strecke solle mit Neubaustrecken auf der Kölner und Bonner Seite verbunden werden. Es wurden zwei grundsätzliche Varianten untersucht. Hierbei stelle sich die Rheinquerung eindeutig als beste Lösung heraus.

Herr Hebbel (Vorsitzender) bedankt sich für den Vortrag über die schon lange diskutierte Bündelung von Straße und Schiene.

Herr Beu (DIE GRÜNEN) meint, diese Bündelung (Schiene und Straße) sei schon immer seine Herzensangelegenheit gewesen. Er erkundigt sich nach einer Option für den überregionalen Güterverkehr. In der Zielvereinbarung mit dem NVR sei auch eine S-Bahnanbindung bis 2030 von Bonn zum Flughafen hin vorgesehen. Wie konkret sei dieses? Er fragt, ob Bonn Hauptbahnhof schon das Ende der Verbindung sei und wie es mit der innerstädtischen Anbindung im südlichen Bereich in Bonn aussehe.

Außerdem wäre die 7er Lösung, die Verlängerung von Zündorf nach Langel, wegen der vorhandenen Umsteigemöglichkeit sinnvoll.

Herr Dr. Reinkober (NVR) gibt dazu Auskunft. Es sei richtig, dass der Bund nach Überprüfung des Bundesverkehrswegeplans, hierbei handelt es sich immer um die nationalen und internationalen Verkehrsströme, eine Entscheidung getroffen habe bzw. ein Modell errechnet habe, in dem die meisten Verkehrsströme über die Südbrücke verlaufen würden. Auch mit der Anbindung der beiden Güterverkehrsbahnhöfe. Die Trasse sei für den nationalen und internationalen Güterverkehr entworfen worden. Ob eine RWE-Trasse in Zukunft einen zweiten Güterverkehrsring um Köln möglich mache, werde im Rahmen einer Machbarkeitsstudie geprüft.

Der NVR habe eine S-Bahnplanung für die Jahre 30 Plus für den zweiten Ausbauschritt nach dem Knoten vor.

Dr. Groneck (Rhein-Sieg-Kreis) berichtet zu der Verlängerung der Linie 7 als zusätzliche Verlängerung nach Lülldorf. Es liege ein entsprechender Beschluss aus der Bezirksvertretung in Porz vor. Dieser sei, von der Stadt Köln zu bewerten und als ein mögliches Erweiterungsprojekt bzw. Ergänzungsprojekt einzubringen oder untersuchen zu lassen.

Herr Möring (CDU) fragt nach der nationalen Güterverkehrsquerung. Ob es angedacht worden sei, hier einen eigenen Kostennutzungsfaktor zu berechnen. Wenn man dies zu einer zusätzlichen Ausweichstrecke oder Ergänzung für die Südbrückenquerung mit ins Auge fassen würde, ob dieses eine Perspektive biete.

Drucksache Nr. VK 73/2019	
TOP 3	Seite
VK / Niederschrift	6

Herr Dr. Groneck (Rhein-Sieg-Kreis) informiert, bei den Nutzen- und Kostenindikatoren für eine Stadtbahn kann die Nutzung des Güterverkehrs nicht eingerechnet werden. Dieses sei leider separat zu sehen.

Herr Timm (SPD) erkundigt sich nach der Planung der Schienenstrecken.

Herr Kolks (LB) informiert hierzu, es soll bis 2020 eine Vorzugsvariante für die Straße gefunden werden. Hier sei auch ein Bewertungskriterium Schiene und die Vorteile, die es für die Umwelt durch eine Trassenbündelung von Straße und Schiene geben werde. Hier gebe es einen Austausch. Die Planungen werden parallel erfolgen mit dem Ziel, das gesamte Potential auszuschöpfen.

Herr Waddey (DIE GRÜNEN) meint, das Thema Braunkohleausstieg spielte bei den Beratungen des Bundesverkehrsplanes noch keine Rolle. Jetzt habe man eine andere Situation, die man nutzen sollte.

Herr Neitzke (SPD) bittet um die Beantwortung der Anfrage 8 f), Punkt c) der Anfrage: Ist eine Fußgänger- und Radspur beidseitig berücksichtigt? und Punkt a) Welche Bedeutung hat diese Planung für den Strukturwandel im Rheinischen Revier?

Herr Kolks (LB) beantwortet die Frage zu c) „die Fußgänger- und Radspur“. Dieses Thema werde in der Planung berücksichtigt. Dieses sei auch Thema der beauftragten Verkehrsuntersuchung. Das Thema sei planerisch zu bewältigen. Es stelle sich im weiteren Planungsprozess noch das Thema Finanzierung. Zur Frage a) der Bedeutung dieser Planung für den Strukturwandel im Rheinischen Revier führt er aus: Hier werde mit einer unzureichenden Infrastruktur gekämpft, insbesondere im Bereich zwischen Köln und Bonn. Eine zusätzliche Rheinspange, die überregionale Auswirkungen habe, auch in das rheinische Revier, sei ganz wichtig. Welche genaueren Auswirkungen diese habe, dazu könne nur eine Verkehrsuntersuchung genaueren Aufschluss liefern.

Herr Neitzke (SPD) möchte dieses konkret wissen.

Herr Kolks (LB): Die Verkehrsuntersuchung werde nicht nur eine Aussage treffen, wie hoch die A 553 belastet sei. Es sei eine großräumige Verkehrsuntersuchung. Hier werde auch das nachgeordnete Netz im Bereich der Bundes- und Landesstraßen miterfasst. Auch könne man hierbei noch weitere entfernte Effekte im Rheinischen Revier erfassen.

Herr Kitz (CDU) fragt nach der geplanten Planungswerkstatt. Hier solle das Dialogforum um weitere Teilnehmer ergänzt werden. Er bittet um eine Konkretisierung der Teilnehmer verbunden mit der Frage, warum die Planungswerkstatt nicht mit dem Dialogforum und Beirat gestaltet werde.

Herr Tüttenberg (SPD) möchte wissen, inwieweit der Hochwasserschutzpolder zwischen Niederkassel-Lülsdorf und Köln Porz-Langel Einfluss auf die Bewertung genommen habe und ob dies ggfls. Einfluss genommen habe auf die unterschiedlichen

Drucksache Nr. VK 73/2019	
TOP 3	Seite
VK / Niederschrift	7

Realisierungsmöglichkeiten in Form von Stelzen, eines Tunnels oder einer Röhre. Dieses hätte dann erneute Auswirkungen auf die Umwelt und die Kosten.

Herr Dr. Reinkober (NVR) teilt die Einschätzung des Herrn Kitz (CDU), dass das Projekt der beiden Rheinquerungen nicht überfrachtet werden solle. Es zeige deutlich, dass sowohl der Regionalrat als auch der NVR und die Akteure im Güterverkehrsbereich sich eng einbinden müssen in die Aktivitäten im Rheinischen Revier. Dieses werde überregionale Bedeutung haben.

Herr Kolks (LB) beantwortet die Frage von Herrn Kitz. Die Planungswerkstatt sei noch nicht abgeschlossen. Im Juni solle es zu dem Ergebnis kommen, wie sich die Planungswerkstatt zusammensetzt. Zum Schluss solle es ein arbeitsfähiges Gremium geben. Die Teilnehmeranzahl sei begrenzt. Es gebe eine Drittelung: die organisierte Zivilgesellschaft, die Bürgerinitiative, die Umweltverbände, ein Drittel der Industrie und Gewerkschaften. Das dritte Drittel sind die nicht organisierten Bürger, Hier wurden die Teilnehmer per Losverfahren nach PLZ ermittelt. Wie es jetzt gemacht werden soll, sei noch nicht ganz sicher. Auf jeden Fall werde das Dialogforum teilnehmen können, und es werde darüber hinaus überlegt, ein Onlineverfahren (vielleicht wieder mit PLZ) durchzuführen.

Zur Frage des Herrn Tüttenberg (SPD): Dieser Hochwasserpolder, der Retentionsraum, werde eine Rolle spielen müssen bei den Planungen der Rheinspange. Aber man wäre noch nicht so weit. Dieses werde aber ein Kriterium sein. Im Oktober 2019 werde man wissen, wie die Varianten aussähen.

Die Verkehrskommission des Regionalrates nimmt die Informationen zur Kenntnis.

Herr Hebbel (Vorsitzender) bedankt sich bei den Herren Dr. Reinkober, Dr. Gronek und Herrn Kolks und ruft um 11.15 Uhr den TOP 4 auf.

TOP 4 Sachstandsbericht zum Zustand des Kölner Autobahnringes, insbesondere des AK Leverkusen und der Leverkusener Brücke im Zuge der BAB A1

Herr Kolks (LB) informiert, dass eigentlich Herr Raithel zu diesem TOP berichten solle, aber Herr Raithel befinde sich im Moment auf dieser Pressekonferenz.

Die **Herren Jansen** und **Sebastian** seien für die anderen Tagesordnungspunkte anwesend.

Er möchte an dieser Stelle zwei Nachrichten bekannt geben, eine gute und eine schlechte Sache. Die gute Sache sei, heute werde eine neues Bürgerinformationszentrum in Köln-Merkenich eingeweiht und er lädt alle dazu um 14.00 Uhr herzlich ein. Die negative Nachricht sei, es werde eine Pressemitteilung herausgegeben zum Thema Verzögerungen beim Bau der Leverkusener Brücke. Wegen des Niedrigwas-

Drucksache Nr. VK 73/2019	
TOP 3	Seite
VK / Niederschrift	8

sers im Rhein im letzten Sommer verzögere sich die Kampfmittelondierung um ca. 1 Jahr.

Hierüber gibt es eine Diskussion, an der sich auch **Frau Hengst** (SPD) und Herr **Gerhardts** (AfD) beteiligen.

Die Verkehrskommission des Regionalrates nimmt die Informationen des Landesbetriebes Straßenbau NRW zur Kenntnis.

TOP 7 Sachstandsinformation zu „Standortuntersuchung Park- und WC-Anlagen an der A1, Bergisches Land Ost und West“
Drucksache VK Nr. 45/2019

wird verbunden mit dem

TOP 8 b) Anfrage der CDU-Fraktion
Mögliche Einrichtung einer PWC-Rastanlage auf Leverkusener Gebiet
Drucksache Nr.: VK 46/2019 (TV)

Herr Hebbel (Vorsitzender) hatte vorab gebeten, dass die Argumentation der Stadt Leverkusen noch mit zum TOP genommen werde. Hieraus sei ersichtlich, dass die Bürger der Stadt Leverkusen nicht bereit seien, diese Entscheidung so hinzunehmen. Nach drei Autobahnen, drei Eisenbahnen, drei Müllverbrennungsanlagen, entsprechendem Luftverkehr, Umbau des Spaghetti-Knotens und des Kreuzes zwischen der A 1 und der A 3, also 20 Jahre Baustellen- und Umleitungsverkehr, sei eine PWC-Rastanlage nicht akzeptabel. Hier werden alle Mittel, dieses zu verhindern, ausgeschöpft.

Herr Möhring (CDU) möchte vom LB wissen, wie es zu diesem Standort gekommen sei.

Herr Kolks (LB) antwortet hierauf. Hierzu könne er nichts sagen. Alle Projekte der Tank- und Rastanlagen an der A 1 und der A 3 seien der DEGES übergeben worden. D. h., die DEGES plane im Auftrag des Landesverkehrsministeriums.

Herr Möhring (CDU) möchte hierzu eine nähere Auskunft haben.

Herr Hebbel (Vorsitzender) lässt dieses protokollieren.

Herr Omankowsky (CDU) äußert, es sei nicht nachvollziehbar, wie diese Standortuntersuchung erfolgt sei. Der Rahmen der Standortuntersuchung sei viel zu eng gefasst und daher unzureichend.

Drucksache Nr. VK 73/2019	
TOP 3	Seite
VK / Niederschrift	9

Frau Hengst (SPD) merkt an, das Verfahren der DEGES sei unbefriedigend und regt an, mit den Zuständigen ins Gespräch zu kommen.

Herr Hebbel (Vorsitzender) möchte wissen, wie die letztendliche Entscheidung zustande gekommen sei.

In Abstimmung mit **Herrn Hebbel** (Vorsitzender) kommt dieser TOP wieder auf die Tagesordnung der Verkehrskommission am 22.11.2019. Ein Vertreter der DEGES wird dann anwesend sein.

Die Verkehrskommission des Regionalrates nimmt die Informationen zur Kenntnis.

TOP 8 Anfragen

a) Anfrage der FDP-Fraktion aus der Sitzung der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen

Luftreinhalteplan (LRP)

Drucksache Nr.: VK 39/2019

Herr Müller (FDP) moniert, über die regionale Betroffenheit solle die Stadt Köln etwas liefern. Diese Tischvorlage habe er noch nicht gesehen. Bei der Beantwortung von Punkt 1) stehe auch Tischvorlage.

Frau Dr. Bellahn (Bezirksregierung) informiert, sie habe die Anfragen an die Städte Köln, Bonn und Aachen weitergeleitet. Die Antworten seien erst kurzfristig eingetroffen. Im Rahmen der Luftreinhalteplanung seien die vorhandenen interaktiven Beziehungen zu den Nachbarkommunen in Form von z.B. Projektgruppensitzungen eingebunden. Dort werden die Bearbeitungsstände und die aktuellen Projekte abgefragt. Evtl. kann dann das eine oder andere Projekt nochmal beschleunigt werden oder Anregungen über finanzielle Möglichkeiten gegeben werden. In der Regel werden keine neuen Arbeitsgruppen aufgesetzt, um neue Projekte zu initiieren

Nachstehende Antwort wird am 19.06.2019 nachträglich in die Niederschrift gereicht:

„1) Regionale Betroffenheit

Der Luftreinhalteplan bezieht sich immer auf die entsprechend betroffene Kommune. Benachbarte Gebietskörperschaften werden in der Regel nicht formal an der Aufstellung des LRP beteiligt. Sie sind Bestandteil der Öffentlichkeit im Sinne des § 47 Abs. 5a BImSchG. Maßnahmen zur Minderung der Immissionen, die außerhalb des kommunalen Gebietes im Gebiet einer Nachbarkommune angesiedelt sind, können nur im Einvernehmen mit dieser durchgeführt werden.

Die wesentlichen Nachbarkommunen, zwischen denen zum Beispiel viel Pendlerverkehr herrscht, sind in langfristige Arbeitsgruppen eingebunden, in denen sich des Themas der Verkehrssteuerung angenommen wird. Dies können VRS-Themen sein,

Drucksache Nr. VK 73/2019	
TOP 3	Seite
VK / Niederschrift	10

wie Attraktivierung von grenzüberschreitendem Nahverkehr, P&R-Strategien oder auch Ausbau des Radwegenetzes.

Im Rahmen der Luftreinhalteplanung wurden die aktuellen Projekte in den Arbeitsgruppen abgefragt und ggfs. im Luftreinhalteplan berücksichtigt. Weitere überregionale Interessensverbände waren durch die regelmäßig stattfindenden Projektgruppensitzungen eingebunden, wie z.B. die jeweilige IHK, HWK Verkehrsgesellschaften, ADFC oder Weitere.“

Die Verkehrskommission des Regionalrates nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**c) Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN
Bepflanzung und Pflege von Kreisverkehrsmitten
durch den Landesbetrieb Straßenbau NRW**

Drucksache Nr.: VK 49/2019 (TV)

Frau Zentis (DIE GRÜNEN) führt aus, die Frage beschränke sich nicht nur auf die Kreisverkehre in Vettweiß und die Antwort sei ungenügend. Sie möchte, dass der Landesbetrieb nachliefere.

Herr Sebastian (LB-VE) informiert, der LB setze grundsätzlich keine Herbizide ein. Die Nachfrage habe ergeben, dass nur bei einem Kreisverkehr in Vettweiß durch Vereinbarungen im Rahmen der Erstanlage einer gärtnerischen Anlage die Pflege komplett abgegeben wurde. Dies wäre hier zulässig, so die Antwort von Vettweiß. Dort seien Herbizide eingesetzt worden, so wie beantwortet. Wenn noch weitere Auskünfte über Pflegeverträge an der B 56 oder der L 33 gewünscht werden, müsse er diese Auskünfte einholen.

Frau Zentis (DIE GRÜNEN) antwortet, auf weitere Auskünfte werde verzichtet. Sie fragt, ob es Sponsoring-Verträge mit allen Kommunen gebe oder ob dies nur eine Ausnahme sei.

Herr Sebastian (LB-VE) verneint dieses. Mit 1/3 bis die Hälfte habe man solche Verträge. Auch nur mit Kommunen und nicht mit Privaten. D. h., wenn ein Kreisel gebaut werde, kommen die Kommunen und geben diese Kreisel einem Dritten, einem Sponsor, der die Kreisel pflegen werde. Der LB gebe diese dann komplett ab. Dann laufe alles über die Kommunen. Der LB mache nur Vorgaben zur Verkehrssicherheit.

Die Verkehrskommission des Regionalrates nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Drucksache Nr. VK 73/2019	
TOP 3	Seite
VK / Niederschrift	11

d) Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN
Tagebaurandstraßen am Tagebaurand Garzweiler II
Drucksache Nr.: VK 52/2019 (TV)

Herr Hebbel (Vorsitzender) teilt mit, auch hier seien die Antworten vielleicht nicht ausreichend, da vieles noch nicht klar sei, wie es mit den Abbauflächen endgültig weitergehe.

Frau Zentis (DIE GRÜNEN) stimmt dem zu, der Ausbau sei vollkommen unklar und stellt dieses anhand des Ortes Kaulhausen dar. Sie möchte gerne in die Planfeststellungsunterlagen einsehen.

Frau Müller (HD'in 32 Bezirksregierung) bietet an, bei den offenen Planungspunkten, wo RWE betroffen sei, dass dieses im Rahmen der Braunkohlensitzung nochmal angebracht werde.

Herr Müller (FDP) bittet seitens der Fraktion, dass bei solchen Anfragen eine Karte beigelegt werde, damit man wisse, um welche Straßen es sich handele.

Die Verkehrskommission des Regionalrates nimmt die Vorlagen zur Kenntnis.

e) Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN
Planfeststellungsverfahren für den 8-streifigen Ausbau der A 59 zwischen dem AD St. Augustin-West und dem AD Bonn-Nordost
Drucksache Nr.: VK 53/2019 (TV)

Herr Hebbel (Vorsitzender) bittet auch hier, die Antwort zu ergänzen.

Herr Kolks (LB) meint, die abgedruckte Antwort sei ausführlich und fragt nach den zusätzlichen Informationen, die er noch geben solle. Er erklärt nochmal grundsätzlich das Thema Lärmschutz-Maßnahmen bezogen auf den konkreten Fall St. Augustin und warum die Lärmschutzwand vor dem Wasserschutzgebiet ende. Hier werden zwei Dinge getan, um die Grenzwerte einzuhalten, das eine sei der offenporige Asphalt und das zweite sei die hoch absorbierende Lärmschutzwand Richtung Bahn. Damit würden die Grenzwerte eingehalten. Gleichzeitig werden Eingriffe in das Wasserschutzgebiet vermieden.

Die Verkehrskommission des Regionalrates nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Drucksache Nr. VK 73/2019	
TOP 3	Seite
VK / Niederschrift	12

g) Anfrage der SPD-Fraktion

B 51 Köln-Meschenich

Drucksache Nr.: VK 56 /2019

(TV)

Herr Schmitz (CDU) erklärt, wenn er die Antwort vom LB richtig verstehe, werde der Baubeginn im Herbst 2019 erwartet. Die bisherige Erkenntnis war, dass der Bund darauf wartet, den zweiten Abschnitt auf Kölner Gebiet zu realisieren. Der Bund sträube sich im Moment, den ersten Bauabschnitt auf der B 51 hinter Meschenich enden zu lassen. Also könne Ende 2019 oder Anfang 2020 tatsächlich mit dem Ausbau gerechnet werden. Er erkundigt sich nach dem zweiten Bauabschnitt und nach seinem Zusammenhang mit dem Rheinischen Revier.

Herr Timm (SPD) bemängelt, dieses sei keine überraschende Frage. Sie sei in der Anfrage unter Punkt c) bekannt gewesen. Diese sei schriftlich nicht beantwortet worden, wie andere Anfragen auch.

Herr Hebbel (Vorsitzender) regt an, die Antworten bzw. Nachbesserungen mit der Niederschrift zu liefern.

Der Landesbetrieb teilt am 26.07.2019 im Nachgang mit:

„Die B 51, Ortsumgehung Meschenich ist bestandskräftig planfestgestellt. Der 1. Spatenstich erfolgt in Abstimmung mit dem Bund im Herbst diesen Jahres.

Herr Schmitz erkundigt sich nach dem 2. Bauabschnitt und seinem Zusammenhang mit dem Rheinischen Revier:

Hierzu wird berichtet, dass die Fortführung der B 51, Ortsumgehung Meschenich, sich als Projekt in der Linienabstimmung befindet. Seit Juli 2017 liegen die Unterlagen beim BMVI zur Genehmigung. Nach erfolgter Linienbestimmung wird der Landesbetrieb Straßenbau NRW mit der Erarbeitung des Vorentwurfs beginnen.

Das Rheinische Revier als leistungsstarke Industrie- und Wissenschaftsregion steht vor dem Hintergrund von Klimawandel und Energiewende im Strukturwandel vor großen Herausforderungen. Tagebau und Kraftwerke, aber auch Land(wirt-)schaft prägen die Region. Durch vorausschauenden Strukturwandel fördert die Zukunftsagentur Rheinisches Revier neue Ideen, Chancen und Wertschöpfungen. Sie entwickelt Leitbilder, Innovationsstrategien und Handlungskonzepte für den Strukturwandel und unterstützt Projekte von der Idee bis zur Durchführung.

Die Fortführung der B 51, Ortsumgehung Meschenich, ist im Bundesfernstraßenausbaugesetz aufgeführt. Damit ist dem Landesbetrieb Straßenbau der Planungsauftrag erteilt. Die Maßnahme ist kein Projekt der Zukunftsagentur Rheinisches Revier.“

Die Verkehrskommission des Regionalrates nimmt den Bericht zur Kenntnis.
--

Drucksache Nr. VK 73/2019	
TOP 3	Seite
VK / Niederschrift	13

h) Anfrage der SPD-Fraktion

S 11 Ergänzungspaket

Drucksache Nr.: VK 57/2019

(TV)

Herr Dr. Reinkober (NVR) erläutert anhand der Folien das Ergänzungspaket S 11. Es werde hier wirklich über das Rheinische Revier geredet, obwohl die S 11 selber der zweigleisige Ausbau nach Bergisch Gladbach sei. Diese Maßnahme war sehr früh im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz positioniert und es sei versucht worden zusammen mit dem Bund, ein S-Bahn-Maßnahmenpaket daraus zu schnüren, um damit auch schnell in die Finanzierung zu kommen. Daraus resultiert, dass die Erftbahn in ein S 11 Ergänzungspaket gekommen sei. Es gehe derzeit um die Regionalbahn 38, die in eine S-Bahn umgewandelt werde. Warum Rheinisches Revier? Weil die S-Bahn mitten ins Kerngebiet des Rheinischen Reviers gehe. Es solle sehr kurzfristig mit 4 Projekten bis Ende des Jahres gestartet werden.

Herr Dohmen (CDU) erkundigt sich nach dem Gespräch mit dem Bundesverkehrsministerium vom Vortag.

Herr Dr. Reinkober (NVR) teilt mit, hier gehe es um die Digitalisierung des Bahnverkehrs zwischen Heinsberg-Aachen und Köln. Es handele sich nicht um die gerade angesprochenen Projekte. Hier handele es sich um die digitale Schiene.

Herr Göbbels (FDP) fragt nach, ob es hier auch um die Digitalisierung der Stellwerke der RB 20 gehe oder ob diese hier außen vor seien.

Herr Dr. Reinkober (NVR) informiert, hier sei ein Paket entstanden. Man könne die Projekte quer durch Deutschland jetzt so modernisieren, dass bis zum Jahre 2023 oder 2025 entsprechende Streckenabschnitte freigegeben werden können.

Es sollen für den Industriestandort und damit auch für die RB verschiedene Levels für das gesamte Rheinland bis Heinsberg-Aachen durchleuchtet werden und natürlich auch die RB 20.

Die Verkehrskommission des Regionalrates nimmt die Ausführungen von Herrn Dr. Reinkober (LVR) zur Kenntnis.

TOP 9 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

Drucksache Nr. VK 73/2019	
TOP 3	Seite
VK / Niederschrift	14

TOP 10 Mitteilungen

a) der Bezirksregierung

1) Programm zur Förderung der Nahmobilität 2019

Drucksache: Nr. VK 50/2019

Keine Wortmeldungen.

Die Verkehrskommission des Regionalrates nimmt den Bericht zur Kenntnis.

2) Programm zur Förderung des kommunalen Straßenbaues 2019

Drucksache Nr. VK 51/2019

Keine Wortmeldungen.

Die Verkehrskommission des Regionalrates nimmt den Bericht zur Kenntnis.

3) Aufnahme des Schienenbauvorhabens „Reaktivierung Linnich – Hückelhoven-Baal“ in die Stufe 1 des ÖPNV-Bedarfsplanes

Beschluss des Regionalrates am 05.04.2019

Drucksache Nr. VK 58/2019 (TV)

Keine Wortmeldungen.

Die Verkehrskommission des Regionalrates nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Drucksache Nr. VK 73/2019	
TOP 3	Seite
VK / Niederschrift	15

**4) Richtlinien zur Förderung der Vernetzten Mobilität
und des Mobilitätsmanagements (FöRi-MM)
Runderlass des Ministeriums für Verkehr – IV B 3
vom 03.05.2019
Drucksache Nr. 61/2019 (TV)**

Herr Dr. Reinkober (NVR) ergänzt hierzu:

Letzte Woche habe es, in Absprache mit dem Verkehrsministerium, einen gemeinsamen Termin mit den Bezirksregierungen gegeben. In diesem wurde beraten, wie dieses Förderprogramm so schnell wie möglich unsere Städte, Gemeinden und Kreise erreicht. Es sei eine Veranstaltung geplant worden, um den jeweiligen Städten und Gemeinden erläutern zu können, wie die Förderzugänge und die Zusammenarbeit zwischen den Bezirksregierungen, Land und dem NVR sei. Die Förderzugänge und Einplanungsgespräche sollen einheitlich durchgeführt werden.

Herr Göbbels (FDP) erkundigt sich, wie stark das Programm finanziell hinterlegt sei.

Herr Dr. Reinkober (NVR) meint hierzu, 10 Mio. Euro pro Jahr.

Herr Elsiepen (Bezirksregierung) bestätigt dies. Die Bewilligungsbehörden seien die Bezirksregierung und der NVR. In den Vorberatungen seien diese Fördermöglichkeiten schon vorgestellt worden.

Herr Beu (DIE GRÜNEN) meint hierzu, es gebe einen Wildwuchs von Fördermöglichkeiten. Der Verwaltungsaufwand sei sehr groß, weil hierfür viele Formulare ausgefüllt werden müssen und regt an, diese zu verschlanken.

Herr Dr. Reinkober (NVR) stimmt dem zu. Es gebe zahlreiche Förderzugänge zu allen möglichen Tatbeständen, der NVR habe es nicht in der Hand, wenn der Bund noch weitere Förderanträge auflege. Im Januar gab es eine Auftaktveranstaltung mit 120 Verwaltungsmitarbeitern. Der NVR habe zusammen mit den verschiedenen Organisationen angeboten, dass gemeinsame Einplanungsgespräche geführt werden, um den Mitarbeitern bestmöglich zu helfen. Der NVR und die Bezirksregierung bieten den Städten und Gemeinden ihre Unterstützung an.

Herr Elsiepen (Bezirksregierung) informiert, es werde versucht, den Verwaltungsaufwand gering zu halten. Dazu gehören auch einheitliche Ansprechpartner. Die Mobilstationen seien an Bahnhöfen. Dafür sei erstmal der NVR zuständig.

Die Verkehrskommission des Regionalrates nimmt den Bericht zur Kenntnis.

a) des Vorsitzenden

Es gibt keine Mitteilungen.

Drucksache Nr. VK 73/2019	
TOP 3	Seite
VK / Niederschrift	16

b) des Landesbetriebes

Es gibt keine Mitteilungen.

Herr Hebbel (Vorsitzender) schließt die Sitzung mit der umfangreichen Tagesordnung.

Frau Müller (HD'in 32 Bezirksregierung) weist darauf hin, dass im Anschluss die Sitzung der Arbeitsgruppe für Regionalplanung durchgeführt werde. Die Kolleginnen und Kollegen seien in ca. 15 Minuten einsatzbereit.

Verkehrskommission des Regionalrates des
Regierungsbezirkes Köln

gez. Paul Hebbel
(Vorsitzender)

gez. Hane-Knoll
(Fraktion DIE LINKE)

Aufgestellt:
Bezirksregierung Köln
gez. Marianne Weidmann
(Dezernat 32)